

UMWELTSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

Киба Александра

научный руководитель канд. филол. наук, доцент Ершова Е. О.

Федеральное государственное автономное образовательное учреждение высшего профессионального образования «Сибирский федеральный университет»

In diesem kleinen Bereich fokussiert stärkste Potenzial der umweltschädliche Industrien: Bergbau, Metallurgie, der chemischen Industrie. Deutschland war eines der am stärksten verschmutzten Länder in den 60er-70er Jahren. Auf dem Gebiet von Deutschland ist 19 Betriebskernkraftwerke und das dichteste Autobahnnetz. In der Stadt durch Motorabgasemehr geben $\frac{1}{2}$ nur Schmutz.

Auf Bundesebene ist das Bundesumweltministerium für den Umweltschutz zuständig. Wichtige Aufgaben des Umweltschutzes werden auf Ebene von Städten und Gemeinden wahrgenommen. Der Umweltschutz in Deutschland hat ein im internationalen Vergleich hohes Niveau erreicht: In allen Verursacherbereichen wurden – vor allem seit den achtziger Jahren – strenge Grenzwerte für Schadstoffeinträge in Luft und Gewässer durchgesetzt.

1986 wurde schließlich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geschaffen. Es ist innerhalb der Bundesregierung verantwortlich für die Umweltpolitik des Bundes. Ihm untersteht u.a. Umweltbundesamt in Berlin. Auch die Bundesländer haben Umweltministerien.

Abfallwirtschaft

Im Zentrum der Abfallwirtschaftspolitik in Deutschland steht die Produktverantwortung. Damit sollen bereits in der Produktionsphase von Gütern die Voraussetzungen geschaffen werden für die effektive und umweltverträgliche Abfallvermeidung. Hersteller müssen ihre Erzeugnisse also so gestalten, dass bei der Produktion und beim späteren Gebrauch das Entstehen von Abfällen vermindert und eine umweltverträgliche Verwertung und Beseitigung der Reststoffe ermöglicht wird.

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz von 1996 setzt diese Politik in die Tat um. Es wurde das bislang geltende Abfallgesetz abgelöst. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz bedeutet eine Abkehr von dem Weg der Abfallbeseitigung hin zu einer Kreislaufwirtschaft mit der Folge, daß rohstoffliche Ressourcen wirksam geschont, abfallarme Produkte entwickelt und so auf Dauer das gesamte Konsum- und Produktionssystem zu einer Kreislaufwirtschaft umgestaltet werden wird.

Mit dieser Politik ist es Deutschland gelungen, weltweit die höchsten Verwertungsquoten zu erzielen. Jeweils mehr als die Hälfte aller Siedlungs- und Produktionsabfälle werden bereits jetzt verwertet. Bei einzelnen Abfällen liegen die Recyclingquoten weit höher, wie z.B. bei Verpackungen 77%, bei Batterien 66%, bei graphischen Papieren 83%. Bei Getränkeverpackungen hat die neu eingeführte Pfandpflicht den Mehrweganteil bereits stabilisiert.

Neue Rechtsvorschriften, wie das Altfahrzeuggesetz, die Gewerbeabfallverordnung, die Altholzverordnung und die noch 2004 in Kraft tretende Vorschrift für Elektro- und Elektronikaltgeräte werden Abfälle weiter vermeiden und die Verwertungsquoten ansteigen lassen.

Erhaltung und Schutz biologischer Vielfalt

In Deutschland sind rund 45.000 Tierarten und über 30.000 Arten der höheren Pflanzen, Moose, Pilze und Algen. Sehr viele Arten sind stark gefährdet oder vom Aussterben bedroht. D. führt ständig Monitoring durch, seit 1970 wurden mehr als 140 Parks davon 12 Nationalparks geschaffen. Hier bewahrt man Flora und Fauna vor Zerstörung oder negativer Veränderung.

Gewässerschutz

Entscheidende Verbesserungen wurden auch beim Schutz der Gewässer mit verschärften Vorschriften zur Abwassereinleitung sowie dem Bau neuer Kläranlagen, vor allem der

biologischen Abwasserbehandlung durch Industrie und Gemeinden erreicht. Sie richteten sich im ersten Schritt insbesondere gegen die organische Belastung der Oberflächengewässer.

Einen wesentlichen Beitrag zum Gewässerschutz leistet unter anderem das Abwasserabgabengesetz. Es veranlaßt Gemeinden und Industrie, die Schad- und Nährstoffe im Abwasser sehr stark zu reduzieren. Zentrale Aufgaben der Gewässerschutzpolitik in Deutschland sind:

- das ökologische Gleichgewicht der Gewässer zu bewahren oder wiederherzustellen;
- die Trink- und Brauchwasserversorgung zu gewährleisten und alle anderen Wassernutzungen, die dem Gemeinwohl dienen, langfristig zu sichern.

Die aktuelle Gewässerschutzpolitik ist vor allem darauf gerichtet, die Belastung des Grundwassers und der Oberflächengewässer mit gefährlichen Stoffen, z. B. mit giftigen, schwer abbaubaren organischen Stoffen und mit einigen Schwermetallen zu verhindern sowie durch verschärfte Anforderungen an kommunale und industrielle Kläranlagen.

Meeresumweltschutz

Die Nutzung der Weltmeere war lange mit dem Irrglauben an die Unerschöpflichkeit der Ressourcen und ihre grenzenlose Regenerationsfähigkeit verbunden. Die Folgen sind hohe ökologische Risiken und erhebliche negative Auswirkungen auf die Meeresumwelt.

Gefährdungen ergeben sich vor allem durch Einträge persistenter - d.h. im Wasser nicht oder nur schwer abbaubarer - Schadstoffe und übermäßiger Nährstoffeinträge über die Flüsse sowie den weiträumigen Transport von Schadstoffen über die Atmosphäre.

Erfolge im Meeresumweltschutz lassen sich nur durch intensive internationale Zusammenarbeit auf regionaler und weltweiter Ebene erreichen. Die Bundesrepublik Deutschland ist daher Vertragspartei aller einschlägiger Übereinkommen.

Bodenschutz

Die Neubildung eines Zentimeters Boden dauert 200 bis 300 Jahre. Erfüllt solche Funktionen:

- Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch, Flora und Fauna;
- Abbau und Umbau von Stoffen, einschließlich des Abbaus von Schadstoffen;
- Speicherung und Filterung von Wasser;
- Standort für die wirtschaftliche Nutzung, für Siedlung, Verkehr und Freizeit;
- Produktionsgrundlage für die Land- und Forstwirtschaft, für Gartenbau und Rohstoffgewinnung.

Die natürlichen Bodenfunktionen gehen durch Bodennutzungen, die zur Bebauung oder anderweitiger Versiegelung des Bodens führen, weitgehend verloren.

Der Schutz der Böden wurde lange Zeit indirekt geregelt über Bestimmungen zur Luftreinhaltung, zur Abfallbeseitigung und zur Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft. Mit der Bodenschutzkonzeption von 1985 hat die Bundesregierung erstmals einen Handlungsrahmen geschaffen für den Ausgleich der vielfältigen Nutzungsansprüche an den Boden, zur Abwehr von Schäden und zur Vorsorge auch gegen langfristige Gefahren und Risiken.

Luftreinhaltung

Die Luft in Deutschland ist von Schadstoffen belastet, wie in anderen Industrieländern. Rund 64 Prozent der Bäume sind schwach bis deutlich geschädigt, lediglich 36 Prozent gelten als gesund. Im Verkehrsbereich wird die Belastung der Umwelt durch die Einführung des bleifreien Benzins reduziert, dessen Verkaufsanleil bereits 95 Prozent beträgt. Die Belastung der Luft durch die Schadstoffe Stickstoffoxid, Kohlenwasserstoff und Kohlenmonoxid konnte besonders durch die Einführung des geregelten Dreiwege-Katalysators zur Abgasreinigung zunehmend verringert werden.

Gegen die Luftverschmutzung wurde ein umfassendes Programm entwickelt. Luftverunreinigungen werden schon an der Quelle erfasst und drastisch abgebaut. So werden z.B. die Schadstoffe, die aus Kraft- und Fernheizwerken sowie mit Autoabgasen in die Luft gelangen, durch Filter bzw. Katalysatoren zum großen Teil zurückgehalten. Maßnahmen wie die

«Großfeuerungsanlagenverordnung» und die «Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft» zwangen Kraftwerksbetreiber und Industrie zu einer raschen Umrüstung ihrer Anlagen auf den neuesten Stand der Technik. Die Emissionen von Schwefeldioxid aus Industriefeuerungen und Kraftwerken sanken aus diesem Grund in den alten Bundesländern zwischen 1980 und 1994 auf weniger als ein Drittel, die von Stickstoffoxiden um rund 50 Prozent. Die Emission von Schwefeldioxid aus den Kraftwerken der alten Bundesländer sank von 1983 bis 1993 um rund 80 Prozent. Bei den Stickstoffoxiden wurde eine Verminderung von über 60 Prozent erreicht.

Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Als Industrienation ist Deutschland auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Dabei muß die Energiegewinnung umwelt- und ressourcenschonend sein. Der Einsatz von Kernenergie hat den Vorteil, daß – anders als bei der Verbrennung von Kohle, Öl oder Gas – kaum klimagefährdende Schadstoffe in die Umwelt gelangen. Grundlage der Sicherheitsmaßnahmen für Kernkraftwerke in Deutschland ist das Atomgesetz. Das Gesetz verpflichtet zu einer schadlosen Verwertung beziehungsweise Beseitigung radioaktiver Reststoffe. Das Bundesamt für Strahlenschutz unterstützt die Bundesregierung bei der Aufsicht über die Anwendung des Atomgesetzes.

Eine gezielte Umweltpolitik wird in Deutschland seit den siebziger Jahren betrieben. Auslöser war auch das wachsende Bewusstsein der Bevölkerung für die Themen des Umweltschutzes, was mit dem Entstehen einer ökologischen Bewegung deutlich wurde. In vielen Teilen Deutschlands entstanden Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände wie Greenpeace sowie Forschungsinstitutionen wie das Freiburger Ökoinstitut.

Aber heute hat sich viel zum Besseren verändert. Unter dem Druck von «grün» waren sehr ernsthafte Maßnahmen zur Umweltsanierung des Landes übernommen. Deutschland zielt darauf ab, nicht auf dem aktuellen Niveau zu halten, und die Ergebnisse zu verbessern in den kommenden Jahren.